

RENDEZ-VOUS

Biglers Kampfmaschine

Für die Wiederherstellung der Referendumskultur nimmt der Gewerbedirektor einige Stilbrüche in Kauf

Er polemisiert gegen andere Wirtschaftsverbände und diszipliniert abweichende Parlamentarier: Gewerbedirektor Hans-Ulrich Bigler, passionierter Harley-Fahrer und Verfechter einer christlichen Wirtschaftsethik.

Simon Gemperli

Hans-Ulrich Bigler führt schrille Abstimmungskampagnen, aber im Gespräch wirkt er wie die Ruhe in Person. Er polarisiert wie kaum ein anderer Exponent der Wirtschaft. Zugleich versteht es der Gewerbedirektor, verbandsintern die Reihen zu schliessen. Politisches Powerplay und sachliche Diskussion sind für ihn keine Gegensätze. Und in der Freizeit braust der 57-Jährige bald mit der Harley über Alpenpässe, bald engagiert er sich im Forum Christlicher Führungskräfte.

Beim Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) trat Bigler 1985 seine erste Stelle an, als Leiter des Instituts für Unternehmensschulung. Die Organisation stand damals auf dem Höhepunkt ihrer Macht. «Der Gewerbeverband war eine Kampforganisation. Er hatte keine Referendumskultur», sagt Bigler. Damit meint er nicht die Fähigkeit, genügend Unterschriften zu sammeln. Der Verband müsse vielmehr in seiner ganzen Tätigkeit den Oppositions-Modus beherrschen und wenn nötig in diesem operieren.

Rentenreform nächstes Ziel?

Das Ziel, wieder eine Referendumskultur aufzubauen, hat der Gewerbekongress 2008 definiert, zusammen mit einem entsprechenden Kommunikationskonzept. Darauf verweist Bigler gerne, wenn ihm Populismus vorgeworfen wird. Er rechtfertigt damit auch, dass die «Schweizerische Gewerbezeitung» zuweilen als Revolverblatt auftritt. Wenn dieses dem Punk-Satiriker Andreas Thiel eine Plattform bietet, damit dieser ungehobelt auf die SRG eindrischt, liegt das für Bigler im Rahmen des Auftrags von 2008. Damals trat der Vater dreier Kinder sein heutiges Amt an, nach langjähriger Tätigkeit bei den – im Auftritt gemässigten – Branchenverbänden Viscom und Swissmem.

Seine Referendumsfähigkeit bewies der SGV unter Bigler mit dem Raumplanungsgesetz und der SRG-Abgabe, die am 14. Juni vors Volk kommt. Bei der 1:12- und der Mindestlohn-Initiative hatte er unter den Wirtschaftsverbänden die Federführung. Externe, aber



Im Oppositions-Modus: Gewerbedirektor Hans-Ulrich Bigler.

KARIN HOFER / NZZ

auch interne Kritiker werfen dem Gewerbedirektor vor, er verzettelt sich mit medienwirksamen Kampagnen auf Nebenschauplätzen. Ist die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes tatsächlich ein KMU-Kerngeschäft, zumal kleine Firmen künftig gar nicht bezahlen? Bigler pariert erneut mit dem Verweis auf die Verbandsstrategie. Zeitverschwendung sei der Referendumskampf überhaupt nicht: Statt 40 Millionen Franken würden die Unternehmen mit der Vorlage 200 Millionen Franken zahlen.

Zur Ironie der Geschichte der Mediensteuer gehört, dass weniger das Gewerbe zur Kasse gebeten wird als die grösseren Unternehmen. Deren Dachverband Economiesuisse beschloss allerdings aufgrund eines «Betriebsunfalls» die Ja-Parole. Der Swisscom-Vertreter im Vorstand überzeugte seine Kollegen gegen den Antrag der Ge-

schaftsleitung von der Notwendigkeit der Gebühren-Reform.

Aus den Reihen von Economiesuisse und Arbeitgeberverband sind immer wieder Klagen über die Oppositionspolitik des SGV zu vernehmen. Davon will Bigler nichts wissen. Die Zusammenarbeit funktioniere auf allen Ebenen gut. Es gebe aber unterschiedliche Verbandskulturen und divergierende Interessen. «Wir haben kein Abgrenzungsbedürfnis, sondern verfolgen teilweise unterschiedliche Ziele», sagt Bigler. Dies zu negieren, wäre nicht im Sinne der Mitglieder.

Nationalratskandidatur

Exponenten anderer Verbände bestreiten, dass Interessengegensätze der Ursprung für die manchmal schrillen Töne aus dem SGV sind. Als Economiesuisse

und Arbeitgeberverband im Januar an einer Medienkonferenz ihre europapolitischen Forderungen vorstellten, intervenierte der SGV. Er hielt ihnen vor, auf unlautere Weise vorzugeben, im Namen der ganzen Wirtschaft zu sprechen und mitten in einem schwierigen Verhandlungsprozess vorzupreschen. Eine ähnliche Kontroverse zettelte der Verband an, weil die Denkfabrik Avenir Suisse die Bedeutung der Grosskonzerne für die Schweiz in einer Studie angeblich überhöht hatte.

Wie 2011 wird der in Affoltern am Albis wohnhafte Bigler auch dieses Jahr für den Nationalrat kandidieren. Als erster Ersatzmann ist ihm ein guter Platz auf der freisinnigen Liste praktisch sicher. Politische Vorbilder hat er nicht, dafür ein Rezept: auf der Linie bleiben und die eigene Strategie durchziehen, auch in schlechten Zeiten. Natürlich könne man Positionen überdenken, aber dann müsse die Änderung gut kommuniziert werden: «Glaubwürdigkeit ist ein hohes Gut in der Politik.»

Christliche Werte

Der Gewerbedirektor ist bekannt dafür, Politiker inner- und ausserhalb des SGV disziplinieren zu wollen. Ein Instrument ist das umstrittene KMU-Rating, mit dem die gewerbefreundlichsten Parlamentarier gemäss den vom SGV definierten Kriterien ermittelt werden. In diesem Wahljahr hat der Verband allen Kandidaten, die Mitglied der Gewerbekammer sind, eine kostenlose Plakatkampagne in Aussicht gestellt – aber nur, wenn sie dem Komitee gegen die Mediensteuer beitreten. Nicht alle sind glücklich über dieses Geschenk. CVP-Nationalrat Alois Gmür sprach gegenüber der neusten «Zentralschweiz am Sonntag» von einem «üblen Erpressungsversuch».

Seit vier Jahren engagiert sich Bigler im Forum Christlicher Führungskräfte, wo er Mitglied der Patronatskomitees ist. Christliche Werte seien in der Wirtschaft sehr wichtig: «Eine Gesellschaft funktioniert nur, wenn sie von Werten getragen ist.» Was bedeutet das für die Arbeit im SGV? Der Gewerbedirektor nennt als Beispiel die Integration der älteren Arbeitnehmenden in den Arbeitsmarkt, wo gemischte Teams gute Resultate brächten.

Bigler bezeichnet sich als «überzeugten Christen». Er ist konfessionslos und besucht Gottesdienste im ICF in Zürich. «Der Mensch muss in der Wirtschaft im Zentrum stehen. In der AHV beispielsweise bezahlen die Reichen mehr ein. Ich begrüsse diesen Solidaritätseffekt», sagt er – und fügt gleich hinzu: «Aber ich bin gegen einen weiteren Ausbau der Sozialwerke.»



WAHLFÄNGER

Broulis bleibt lieber zu Hause

Andrea Kucera · Das lange Warten hat ein Ende. Pascal Broulis stellt sich nicht als Ständeratskandidat zur Verfügung, sondern bleibt lieber Chef – pardon: Staatsrat im Kanton Waadt. Dies teilte die FDP Waadt am Montag mit. Dasselbe gilt für die zwei anderen FDP-Staatsräte, deren Namen in den letzten Wochen herumgereicht wurden. Weder Jacqueline de Quattro noch Philippe Leuba treten an. Sie ziehen es im Hinblick auf die kantonalen Erneuerungswahlen von 2017 vor, ihrem Amt in der Kantonsregierung treu zu bleiben.

War das nun eine Kommunikationspanne? Schliesslich hiess es bis zuletzt in der Parteizentrale, man wolle einen amtierenden Staatsrat portieren. Noch vor wenigen Tagen schien nur noch offen, wer von den dreien sich zur Verfügung stellen würde. Als Jacqueline de Quattro am Samstag in der Zeitung «24 heures» bekanntgab, sie kandidiere nicht, empfahl sie Broulis zwischen den Zeilen unmissverständlich, die Herausforderung Bern anzunehmen.

Das Hin und Her hat vielmehr Züge eines medialen Coups: In der Phase der Spekulationen ist das Interesse laufend gestiegen, und die FDP Waadt konnte sich und ihre drei Staatsräte überdies bereits für die kantonalen Wahlen in Stellung bringen. Einen Bären dienst aber erwies Broulis mit seinem langen Schweigen demjenigen, der nun auf den Schild gehoben wird. Olivier Français sitzt in der Stadtregierung von Lausanne und im Nationalrat; er verfügt über einen soliden Leistungsausweis. Nach dem ganzen Tamtam um Broulis und de Quattro haftet seiner Kandidatur indes der Makel an, lediglich zweite beziehungsweise dritte Wahl zu sein.

Junge Grüne fordern Einzonungsstopp

Volksinitiative lanciert

For. Bern · Die Jungen Grünen haben am Montag ihre Volksinitiative «Zersiedelung stoppen» präsentiert. Die Zersiedelung sei das Umweltproblem Nummer eins, sagte Andreas Lustenberger, Co-Präsident der Jungen Grünen, vor den Medien. Zwischen 1985 und 2009 sei die Siedlungsfläche um 44 Prozent gewachsen, während im gleichen Zeitraum die Bevölkerung bloss um 17,5 Prozent gestiegen sei. Täglich würden über 8 Fussballfelder Landschaft zubetoniert.

Laut den Initianten hat sich die Stimmbevölkerung mit dem Ja zum revidierten Raumplanungsgesetz für eine restriktivere Raumplanungspolitik ausgesprochen. Doch die Umsetzung in den Kantonen zeige, dass das revidierte Gesetz die Zersiedelung nicht stoppen könne. Die Kantone hätten viel Spielraum, sagte Grüne-Nationalrätin Aline Trede. Die grösste Schwäche des Gesetzes sei, dass es keine Limite für Bauzonen enthalte. Eine solche wollen nun die Jungen Grünen mit ihrer Initiative in die Verfassung schreiben: Einzonungen sind nur noch zulässig, wenn andernorts eine Fläche von mindestens gleicher Grösse und vergleichbarem landwirtschaftlichem Ertragswert ausgezont wird. Ausnahmen vom Einzonungsstopp sind für landwirtschaftliche Bauten und für Bauten von öffentlichem Interesse vorgesehen.

Zweiter Pfeiler der Initiative ist die Förderung von verdichtetem Bauen. Die Jungen Grünen sprechen von nachhaltigen Quartieren, in denen Wohnen, Arbeit und Freizeit nahe zusammen sind. Diesbezüglich fordert die Initiative günstige Rahmenbedingungen. Zu diesen gehört etwa die Abschaffung der Parkplatzpflicht. Die Initiative wird mitgetragen von der Mutterpartei, der Juso, dem Verein Neustart Schweiz und vom Architekten Benedikt Loderer.

Weniger Asylgesuche im ersten Quartal

Anstieg im Sommer erwartet

(sda) · Saisonal bedingt haben in den ersten drei Monaten des Jahres weniger Personen in der Schweiz um Asyl ersucht als im Schlussquartal 2014. Insgesamt waren es 4489 Menschen – über einen Fünftel weniger. Für viele Migranten erschwere sich die Reise nach Europa im Winter, schrieb das Staatssekretariat für Migration. Dies dürfte sich in den kommenden Monaten wieder ändern. Verschiedene Bootsdramen in den vergangenen Tagen zeugen davon, dass wieder mehr Flüchtlinge den Weg übers Mittelmeer nach Europa wagen. In der Quartalsstatistik sind diese Ereignisse noch nicht abgebildet. Verglichen mit den Zahlen vom Frühling 2014 verringerte sich im ersten Quartal 2015 die Anzahl Asylgesuche um 8 Prozent. Am meisten Gesuche stellten im ersten Quartal Personen aus Eritrea (562). Auf Rang zwei der Herkunftsländer war Sri Lanka (435), den dritten Platz belegte Syrien (391).

Überparteilicher Einsatz für die SRG-Abgabe

Pro-Komitee wirbt mit dem Argument der durchschnittlich tieferen Abgaben

(sda) · Mit dem neuen Radio- und Fernsehgesetz müssten die Privathaushalte künftig weniger Gebühren zahlen als heute. Dies betonen die Befürworterinnen und Befürworter. Am Montag haben sie für ein Ja in der Abstimmung vom 14. Juni geworben.

Das neue Gesetz bringe mehr Fairness, weniger Bürokratie und tiefere Radio- und Fernsehgebühren für alle,

ÄNDERUNG RTVG

Eidgenössische Volksabstimmung vom 14. Juni 2015

sagte der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas vor den Medien in Bern. Die Revision des Gesetzes sei dringend nötig, denn das heutige Gesetz sei veraltet. Heute bezahle nur, wer ein Radio oder einen Fernseher besitze. Jedes Smartphone und jeder Laptop sei jedoch auch ein Radio und ein Fernseher.

Damit wären eigentlich praktisch alle Haushalte und Unternehmen verpflichtet, Radio- und Fernsehgebühren zu bezahlen. Die Realität sehe jedoch anders aus. Nur 4,8 Prozent der Unternehmen hätten im Jahr 2012 Gebühren bezahlt, und auch bei den Haushalten zahlten nicht alle, die müssten.

Die geräteabhängige Gebühr soll durch eine Abgabe pro Haushalt und Unternehmen abgelöst werden. Dadurch würde die Gebühr laut dem Bundesrat von 462 auf rund 400 Franken sinken. Bei den Unternehmen würden 75 Prozent von der Gebühr befreit – alle mit einem Umsatz unter einer halben Million Franken. Weitere 9 Prozent würden weniger als heute bezahlen. Das allein sollte eigentlich die Mehrheit der Stimmberechtigten überzeugen, befand Regula Rytz, Nationalrätin und Co-Präsidentin der Grünen.

SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher sieht das Referendum gegen das Gesetz, das der Gewerbeverband ergrif-

fen hatte, schlicht als «Angriff auf den Service public im Medienbereich». Die neue Regelung sei eigentlich im Sinne des Gewerbes, befand auch sie.

Graf-Litscher zeigte sich aber zuversichtlich, dass das Stimmvolk das Gesetz annehmen wird. Die Mediennutzung habe sich stark verändert, stellte sie fest. Es gelte das Prinzip «alles zu jeder Zeit und überall». Dieser Realität verschliesse sich die breite Öffentlichkeit nicht. Daher glaube sie, dass der Systemwechsel eine Mehrheit finde.

Für FDP-Nationalrat Olivier Français und BDP-Nationalrat Urs Gasche (BE) steht im Vordergrund, dass der administrative Aufwand abnehmen würde. Die vorgeschene Regelung sei «bestechend schlank», sagte Gasche. Heute beschäftige die Billag ein Heer von Bürokraten und Kontrolleuren. Das neue Gesetz brauche keine lästigen Billag-Kontrollen mehr. So stehe das Geld für den Verfassungszweck zur Verfügung.